

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Aus dem preussischen Staatshaushaltsetat pro 1898/99.

Charakteristisch für den Eisenbahnetat ist die starke Steigerung sowohl der Einnahmen als der dauernden und einmaligen Ausgaben. Die Einnahmen der vom Staat verwalteten Eisenbahnen sind von 1110 210 350 auf 1202 814 600 M., also um 92 604 250 M. oder über 8 Prozent gestiegen. Die Steigerung bei den Betriebs-einnahmen im engeren Sinne ist noch größer, denn die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäcksverkehr sind von 299 084 000 auf 320 788 000, also um 21 704 000 M., die aus dem Güterverkehr von 735 805 000 auf 799 570 000 M., also um 63 765 000 M. gestiegen. Die Betriebs-einnahmen im engeren Sinne sind mithin im Ganzen um 84 469 000 M. höher als im Vorjahre eingestiegen. In diesen Zahlen spiegelt sich die aufsteigende Entwicklung des Verkehrs in deutlicher Weise wieder. Entsprechend dieser Zunahme des Verkehrs weisen auch die dauernden Ausgaben auf der ganzen Linie eine erhebliche Vermehrung auf. An Gehältern sind nicht weniger als 19 385 200 M. mehr als im vorigen Etat eingestiegen; die Vermehrung der Ausgaben beträgt nur zu einem Theile auf der im Vorjahre beschlossenen Erhöhung der Gehälter der mittleren und höheren Beamten; zum größeren Theile ist sie verursacht durch die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen. Diese Vermehrung hat auch eine Erhöhung der Ausgaben für Wohnungsgeldzuschüsse im Betrage von 2 143 300 M. zur Folge. Trotz der sehr erheblichen Vermehrung der Zahl der etatsmäßig angestellten Beamten ist für den Aufwand zur Remuneration von Hilfsarbeitern, zu den Löhnen und zu Stellenzugängen ein Mehraufwand von 2870 700 M. vorgezogen.

Im nachhergehenden Maße als die persönlichen Ausgaben sind mit Rücksicht auf den steigenden Verkehr die sachlichen Ausgaben in höherem Betrage eingestellt. Für Unterhaltung und Ergänzung der Inventarien, sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien beträgt die Mehrausgabe 5 128 000 M. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen sind 10 424 000 M., für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und der materiellen Anlagen sind 14 124 000 M. mehr als im Vorjahre eingestellt. Allen diese drei Posten repräsentieren zusammen eine Mehrausgabe von nahezu 30 000 000 M. Am stärksten ist die Vermehrung der Ausgaben für Betriebsmittel; sie erreicht die Höhe von annähernd 13 Prozent. Von dem Umfange der Staatsbahnverwaltung erhält man ein richtiges Bild, wenn man sieht, daß allein für die baulichen Anlagen und die Betriebsmittel 125 614 000 M. bzw. 117 703 000 M. in den Etat eingestellt sind. Außer diesen im Ordinarium für bauliche Anlagen und Betriebsmaterial ausgeworfenen Summen finden sich bekanntlich noch im Extraordinarium erhebliche Beträge für dieselben Zwecke. Den Mehreinnahmen aus den preussischen Staatsbahnen steht im Ganzen eine dauernde Mehrausgabe von 59 044 400 Mark gegenüber und im Ganzen wird von der Mehreinnahme der Eisenbahnverwaltung von zusammen 92 596 417 Mark der Betrag von 59 470 697 Mark durch die Vermehrung der dauernden Ausgaben verbraucht; der Unterschied rührt davon her, daß der preussische Staat auch an einer Reihe von Eisenbahnen theilhaftig ist, welche nicht preussische Staatsbahnen sind und daß außerdem der Eisenbahn die Kosten der Zentralverwaltung der Eisenbahnen zur Last fallen. Der Ueberschuß der Einnahmen der preussischen Eisenbahnverwaltung über die dauernden Ausgaben ist im Etat auf nicht weniger als 33 125 720 Mark höher veranschlagt als pro 1897-98. Wenn trotzdem nach dem Etat nur 4 161 920 Mark als im laufenden Jahre aus den Eisenbahnüberschüssen für andere Staatszwecke verfügbar bleiben, so liegt der Grund in der sehr starken Erhöhung des Extraordinariums. Nach Abzug der Beträge des Reichs stellt sich nämlich der Zuschuß zum Extraordinarium auf nicht weniger als 28 963 860 Mark höher als im Vorjahre. Im dem Extraordinarium sind 25 000 000 Mark zur Vermehrung der Betriebsmittel für bereits bestehende Staatsbahnen bestimmt, außerdem ist zum ersten Male ein Dispositionsfonds zum Erwerb von Grund und Boden für Eisenbahnzwecke in Höhe von 5 000 000 Mark ausgesetzt. Für die Erweiterung und Verbesserung der baulichen Anlagen der bestehenden Staatsbahnen sind nicht weniger als 44 338 000 Mark angelegt. Es sind also für 1898 im Ordinarium und Extraordinarium zusammen für Betriebsmittel 142 703 000 Mark und für bauliche Anlagen 169 952 000 Mark vorgezogen.

Der größte Theil der jetzt im Extraordinarium des Etats ausgesetzten Ausgaben für Erweiterung der baulichen Anlagen und für Vermehrung der Betriebsmittel der im Betriebe befindlichen Staatsbahnen wurde früher bekanntlich neben dem Etat durch Kreditleihe bewilligt. Je höher die betreffenden Positionen des Extraordinariums bemessen sind, um so mehr verlor sich demzufolge auch der für andere Staatszwecke verwendbare Eisenbahnüberschuß. Trotz der ganz ungewöhnlich hohen Fiktion des Extraordinariums soll die Eisenbahnverwaltung unter Anrechnung aller in anderen Etats veranschlagten Pensionen, Witwen- und Waiengelder außer der Vergrößerung der Eisenbahnkapitalien und der Tilgung derselben mit 1/2 Prozent der noch nicht getilgten Schuld nicht weniger als 175 800 000 Mark für Zwecke der allgemeinen Staatsverwaltung abliefern. Diese Summe wird in das richtige Licht gerückt, wenn man erwägt, daß ein Staatsverwaltungsausgaben nach Abzug der Einnahmen für 1898 im Ganzen nur 342 500 000 Mark etatsfähig sind.

Im Etat der Domänenverwaltung ist die Einnahme für Holz um 3 1/2 Millionen höher veranschlagt. In den fortwährenden Ausgaben

ist die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Förster durch Erhöhung des Gehalts von 1100 bis 1500 Mark auf 1200 bis 1600 Mark für 3330 alte Stellen, sowie die Errichtung von 126 neuen Försterstellen vorgezogen. Der Fonds zur Forstkulturen ist um 1/2 Million Mark erhöht. Nachdem in neuerer Zeit das Bedürfnis hervorgetreten ist, mit Ankaufen von Grundstücken zu Forsten auch in den westlichen Landestheilen vorzugehen, ist eine Erhöhung des betreffenden Ankaufsfonds erforderlich geworden. 13 000 Mark sind neu ausgeworfen zur Errichtung von 6 meteorologischen Beobachtungsstationen behufs Erforschung der klimatischen Wirkungen des Waldes. Es sollen Temperatur und Feuchtigkeit der Luft im Bereiche eines größeren Landwaldkomplexes beobachtet und Regenstationen zur Beobachtung der atmosphärischen Niederschläge im Bereiche von sechs verschiedenen Waldkomplexen angelegt werden.

Im Etat der Verwaltung der direkten Steuern ist die Einkommensteuer mit 8 Millionen, die Ergänzungsteuer mit 400 000 Mark, die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umhergehen um 171 500 Mark höher in Ansatz gebracht; zusammen hat sich die Einnahme um 8,8 Millionen vermehrt.

Der Etat der Verwaltung der indirekten Steuern weist bei den Erhebungskosten für die Reichsteuern ein Mehr von 1,1 Millionen in den Einnahmen auf. Der Ertrag der Stempelsteuer ist um 1 Million, der der Erbschaftsteuer um 100 000 Mark erhöht. Bei den dauernden Ausgaben sind 11 neue Stellen für Obersteuerkontrollen vorgezogen.

Im Etat des Finanzministeriums werden Anfangsgehälter für acht neue Regierungsrathstellen bei Ober- und Regierungspräsidenten verlangt. Außerdem sind dabei 307 neue Stellen für Sekretäre eingestellt. Der Altsessoren-Dienstfonds ist um 100 000 Mark erhöht. Trotz der durch den Etat für 1895-96 erfolgten Erhöhung des Fonds zu Diensten, Fuhr- und Verpflegungskosten hat sich derselbe noch immer als unzureichend erwiesen; im Vorjahre ist er um 664 368 Mark überschritten worden. Das Gesetz vom 21. Juni 1897, betreffend die Tagelöhner und Reisefkosten der Staatsbeamten, wird zwar eine Verminderung der Ausgaben bei diesem Fonds zur Folge haben, es ist aber dennoch eine Erhöhung desselben um 500 000 Mark notwendig erschienen. Ganz neu ist unter dem Titel: Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung des Deutschthums in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie im Regierungsbezirk Oppeln eine Summe von 400 000 Mark eingestellt. Der neu eingestellte Fonds soll die Mittel bieten, um die zur Ausführung des genannten Zweckes geeigneten Maßnahmen durchzuführen. Am seine zweckmäßige und wirksame Verwendung sicher zu stellen, ist es angemessen erschienen, ihn den mit den örtlichen Verhältnissen besonders vertrauten Oberpräsidenten zur Verfügung zu stellen.

Der Etat der Bauverwaltung weist unter den Einnahmen bei den Verkehrsabgaben ein Mehr von 600 000 Mark, das namentlich aus Anlaß der Gründung des Breslauer Großschiffahrtsweges auf der damit dem großen Durchgangsverkehr erschlossenen kanalisirten oberem Oder sowie in Folge der im Jahre 1898 stattgefundenen Verkehrsvermehrung auf dem Dortmund-Ems-Kanal und aus der Einführung von Abgaben auf der kanalisirten Saar zu erwarten ist, sowie einen ganz neuen Einnahmeposten von 2,6 Millionen Mark unter dem Titel: Beiträge zur Deckung von Bauverlethungskosten auf.

In der Zentralverwaltung soll ein wasserbautechnischer vortragender Rath neu angestellt werden. Ferner sollen neu errichtet werden eine Wasserbau-Inspektion in Frankfurt an der Oder, und eine Kreisbauinspektion in Wilhelmshafen. In Mafel soll ein Wasserbauinspektor dauernd stationirt, bei der Polizeidirektion in Potsdam ein besonderer Polizeibauinspektor angestellt werden. Im Laufe der Zeit hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, den Stromausflüssen an den wichtigeren Wasserstraßen durch Anstellung von technisch gebildeten mittleren Beamten zu verbessern. Diese mittleren Beamten, welche die Bezeichnung „Wasserbauwärter“ führen und einer nach 3-jährigem Vorbereitungsdienst abzulegenden technisch-praktischen Prüfung unterworfen sein werden, sollen den akademisch gebildeten Lokalbaubeamten in den minder wichtigen technischen Geschäften des Außen-dienstes eine wirksamere Unterstützung gewähren, als sie bisher durch die der Unterbeamtenklasse angehörigen Strommeister geleistet werden konnte. Es sollen im Ganzen 129 Stellen für Wasserbauwärter errichtet und dafür 142 vorhandene Unterbeamtenstellen des Stromausflusses eingezogen werden. Für 65 Wasserbauwärter werden die Gehälter im vorliegenden Etat gefordert. Die Unterhaltungskosten für verschiedene Ströme und Flüsse sind erhöht worden, so für die Weichsel um 311 000 Mark. Unter den einmaligen Ausgaben sind neu ausgeworfen: 200 000 Mark (erste Rate) zur Sicherung der Weichselufer zwischen den Dünen an der neuen Strommündung, 320 000 Mark zur Erweiterung der Spreckelung des Berlin-Spandauer Schiffahrtskanals auf der Strecke vom Nordhafen in Berlin bis zur ersten Schleuse in Pötschen, 250 000 Mark (erste Rate) zur Herstellung eines zweiten Schiffahrtsweges bei Rathenow, 73 600 Mark (erste Rate) zur Verbesserung der Stromwerke an der Ems bei Emden, 710 000 Mark zur Verwaltung und Unterhaltung des Dortmund-Ems-Kanals, 520 000 Mark (erste Rate) zur Wiederherstellung beschädigter Strombauwerke an der Weichsel und Vogat, 560 000 Mark zum Schutze und zur Erhaltung der Düne bei Helgoland, 240 000 Mark zur Ausbaggerung des Ender Außenfahrwassers, 500 000 Mark (1. Rate) zur Befestigung der Barre im Distriktischen Gatte, 178 000 Mark für Verbesserung des zum Norddeicher Hafen führenden Fahrwassers, 220 000 Mark (1. Rate) zur Befestigung des Westhafens der Insel Nordhorn, 321 000 Mark zur Herstellung einer gesicherten Ein- und Ausfahrt für seetüchtige Fischereifahrzeuge an der Diebenow-Mündung, 100 000 Mark (1. Rate) zur Vertiefung der Einfahrt in den Fischereihafen bei Leba, 575 000 Mark zur Erweiterung der Anlagen des Fischereihafens von Geestemünde. Brückenbauten sollen entweder vom Staate oder unter Staatsbeihilfe aus-geführt werden bei Ranskan, Sabelbrücke in

Dranienburg, Eisterverba, Nebra, Weferfahrbücke bei Gieselwerder, desgleichen bei Ohlen, Mofelbrücke bei Trarbach. Schließlich werden 350 000 Mark (erste Rate) zum Bau eines Dienstgebäudes für das Geheimen Zivilkabinett und 400 000 Mark (1. Rate) zum Neubau des Regierungsgebäudes in Frankfurt a. O. gefordert. — Dem Etat der Bauverwaltung ist eine Denkschrift betreffend den Dortmund-Ems-Kanal beigelegt. (Schluß folgt.)

Aus dem Reiche.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der sich im Zeichen erfindendster Neokonaleszenz befindet, gedankt Ende der Woche nach seinem Schlosse in Primkenau übersiedeln. Der Herzog, welcher noch immer im Hotel Bristol wohnt, unternimmt täglich Ausfahrten. — Der als Nachfolger des Bismarck, Geh. Raths Haase als Ministerialdirektor in das Ministerium des Innern berufene Regierungspräsident in Oppeln Dr. jur. Rudolf v. Vitter ist ein Sohn des 1850 gedachten Präsidenten der Seehandlung. Im Jahre 1846 geboren, wurde er 1866 als Auskultor bereidigt, war im Vorbereitungsdienst in den Bezirken Halberstadt und Berlin thätig und machte den Krieg gegen Frankreich als Reserveoffizier des 2. Garderegiments zu Fuß mit, erwarb sich auch das Eiserne Kreuz. Im Dezember 1871 wurde er Gerichtssekretär und trat im Februar 1873 zur allgemeinen Staatsverwaltung über. Nachdem er einige Zeit Regierungsssekretär beim Oberpräsidenten in Posen gewesen war, wurde er 1875 Landrath des Kreises Waldenburg i. Schl. 1882 kam er als Geheimen Regierungsrath und Vortragender Rath in das Ministerium des Innern, wo er bis zum August 1888 blieb, um dann Regierungspräsident in Oppeln zu werden. Von 1879 bis 1888 war er konserveratives Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Waldenburg-Meißenbach. — Der Vorsteher des fotografischen Bureaus im Abgeordnetenhause Dr. Zimmerlein hat seinen Abschied eingebracht. Zu seinem Nachfolger ist Dr. Steinbrink aussersehen. — In der ersten Jahresversammlung der Meisterei der Kaufmannschaft zu Magdeburg machte in einer Eingabe an das Kollegium die Firma F. A. Neubauer darauf aufmerksam, daß die in Aussicht genommene Aufhebung der Zuckereckportprämien, falls sie zur Schatzlage werden und zwar pöblich erfolgen sollte, für die Eigentümer von Zucker, seien sie Fabrikanten oder Händler, empfindliche Schädigungen zur Folge haben könne. Es müsse daher zur Vermeidung solcher Schädigungen dafür gesorgt werden, 1. daß für Zucker, der nachweislich aus der alten Kampagne (1897-98) herrühre, der bisherige Ausfuhrzuß aufrecht gelasse bleibe, auch wenn der Zucker bei Inkrafttreten des zu erwartenden Gesetzes noch nicht transito abgefertigt worden sei und 2. daß Zucker der folgenden Kampagne (1898-99), der bis zu einem gewissen Zeitpunkt verkauft worden sei, ebenfalls den Ausfuhrzuß von 1,25 Mark für 50 Kilogramm vergütet erhalte. Das Kollegium beschloß nach eingehender Diskussion, eine entsprechende Eingabe an die Minister des Handels, der Finanzen und der Landwirtschaft sowie an den Bundesrath zu richten und dabei hervorzuheben, daß so tief eingreifende Veränderungen überhaupt erst nach einer gewissen Uebergangszeit eingeführt werden dürften. — Der Posener „Kurier“ weiß zu berichten, daß die polnische Sprache bei den Aufschritten der Posener Straßenbahn volle Gleichberechtigung finden werde. Der oberste polnische Zentralabgeordnete Strzoda hat neulich die Erklärung abgegeben, daß er ein „Zentrumsmann“ sei und polnisch und deutsch spreche, ferner, daß seine Eöhne deutsche Gymnasien besuchten, in welchen sie „deutsche sprechen und fühlen gelernt hätten“. Die polnischen Blätter verlangen, daß die polnischen Wähler des Herrn Strzoda ihn wegen dieser Erklärung zur Weide stellen. — Zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen in Berlin wird dem „R.V.“ jetzt von besser Seite mitgetheilt, daß trotz aller bisherigen Demüthigungen der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordneten beitreten und daß auch Oberbürgermeister Hille mit der Mehrheit stimmen wird. Andererseits soll eine Verhinderung darüber abgehandelt werden, daß die Enthüllung des Denkmals nicht am 18. März, sondern an einem späteren Termin stattfinden wird.

Deutschland.

Berlin, 13. Januar. Die gestrige Sitzung des Herrenhauses wurde mit der Beratung über den Antrag des Herzogs von Mecklenburg ausgetilgt. Der Antrag wünschte die „unverzügliche“ Vorlage eines Gesetzesentwurfs über die erforderlichen Mittel zur Verhütung künftiger Hochwasserkatastrophen in Schlesien und Brandenburg. Ein Zusatzantrag des Grafen Pfeil bezweckte die Verhütung weiterer schädlicher Entwaldungen. Der Landwirtschaftsminister betonte die Schwere der zu lösenden Fragen in technischer, finanzieller und verwaltungsbehördlicher Beziehung und fragte schließlich, ob der Antrag ein Misstrauensvotum bedeute oder nur die Regierung zur Beschleunigung ihres Vorgehens veranlassen wolle. Das Erstere wurde von Herrn von Manteuffel verneint. Die Angelegenheit des Landwirtschaftsministers, im anderen Falle den Antrag anzunehmen, wird wohl befolgt werden, obwohl, wie er selbst geäußert, die Eröffnungsrede Alles gesagt habe, was möglich sei. Zunächst wurden beide Anträge einer Kommission überwiesen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen erhielt bei der Durchreise von den Deutschen in Port Said eine Adresse überreicht mit Glück- und Segenswünschen zur Reise und höchster Befriedigung über die Mahregeln des Kaisers. Ein zweites Telegramm überlieferten die Deutschen Kaiser. Auch die Deutschen in Alexandria haben an Se. Königl. Hoheit den Prinzen Heinrich von Preußen nach Port Said folgendes Telegramm gerichtet: „Auf der zum Schutze der Deutschen im Anstehen im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers unternommenen Fahrt nach dem fernen Osten berühren Sie Königl. Hoheit in Ägypten das erste außeruropäische Land, in welchem Deutsche in größerer Anzahl Gemeinwesen gegündet haben, in denen heimathlicher Sinn und Sitte in Kirche und Schule deutsche Pflanzstätten gefunden

haben. Mit gespannter Aufmerksamkeit haben wir Deutsche in Alexandria die Entwicklung der Vorgänge in China verfolgt und höchste Befriedigung über die kräftigen Mahregeln Sr. Majestät des Kaisers empfunden. Eure Königl. Hoheit wollen daher gnädigst gestatten, Ihnen beim Anlaufen der ägyptischen Gestebe ehrerbietigen Gruß und innigste Segenswünsche darzubringen. Möge die Fahrt Eurer Königl. Hoheit glücklich verlaufen, möge sie dazu dienen, Genugthuung zu verschaffen für die den deutschen Missionaren zugefügte Unbill und deutschen Einfluß im fernen Osten auf allen Gebieten zu stärken. Möge durch sie gelingen, einen Stützpunkt für eine zum Schutze des deutschen Handels im Anstehen so nothwendige, starke Kriegesflotte zu erhalten.“ Das Telegramm wurde, wie den hiesigen „N. N.“ aus Alexandria geschrieben wird, am 4. d. M. auf einstuimmigen Beschluß der dortigen Deutschen an den Prinzen Heinrich nach Port Said gerichtet. Ursprünglich war beabsichtigt, eine persönlich zu überreichende Adresse abzufahren; doch mußte davon Abstand genommen werden, weil man befürchtete, Se. Königl. Hoheit werde bei dem sehr kurzen Aufenthalt in Port Said eine Abordnung nicht empfangen können.

Eine starke Vermehrung der chinesischen Mission in Berlin ist bekanntlich vom Kaiser von China bewilligt worden; an der Spitze der Gesandtschaft, die aus dreißig Herren besteht, befindet sich ein ausführender für die Reichshauptstadt beglaubigter Minister. Der Umfang der Gesandtschaft ist ein außerordentlich großer geworden, und der Kaiser von China hat, wie gemeldet wird, den Wunsch geäußert, die Beamten der Mission sollten nicht mit Arbeit überbürdet werden, sondern auch Muße behalten, sich in den deutschen Verhältnissen umzusehen.

Eine bemerkenswerthe Aeußerung des Grafen von Hompesch liegt jetzt in einem Briefe an den Geh. Kommerzrath Bieders vor. Der Brief lautet: „Ein Hochwohlgeborener beehre ich mich, den Empfang der Abschrift der quäl. Resolution nebst dazu gehörigen Unterschriften ganz ergebenst anzuzeigen. Da in Betreff der Kostendeckungsfrage der Flottenvorlage und der Verbindungszeit noch besondere Verhandlungen geführt werden, bin ich zur Zeit außer Stande, irgend eine Zusage im Sinne jener Resolution abzugeben. Ein Hochwohlgeborener verbleibe ich mit ganz ausgedehnter Hochachtung Graf Hompesch.“

Gegenüber gegentheiligen Meldungen aus Aachen wird bestimmt berichtet, daß die Aachener Kriminalpolizei thatsächlich mit der Verhaftung des Feldwebels sowie des belgischen Gafellers einen glücklichen Ausgang machte und daß gegen beide wegen Landesverrats die militär- sowie zivilgerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde. Heute ist auf dem alten Kaiserhofe eine Kindesleiche exhumirt worden. Die anfänglich auf freien Fuß gesetzte Frau des Feldwebels wurde wieder verhaftet und wird sich nunmehr wegen Vergehens gegen § 218 zu verantworten haben.

Der bairische Bauernbund wird von der Zentrumspreffe, die auf den Bund aus Gründen des Wettbewerbs schlecht zu sprechen ist, beschuldigt, sich vom Bunde der Landwirthe unterstügen zu lassen. Dieser Behauptung gegenüber feste der Bauernbundführer Wieland eine Belohnung von 100 Mark für den aus, der ihm den Verbreiter der Verleumdung bezeichne. Darauf erklärte der „Boch. a. Main“, der norddeutsche Bund der Landwirthe sage selbst, daß er „ungeheurer Aufwendungen für die Agitation in Bayern gemacht habe“, auch kenne man die nahen Beziehungen der Herren von Thüning, Memminger u. i. w. zum Bunde der Landwirthe. Hierdurch fügte sich Herr Memminger getroffen und erklärte in seinem Organ: „Wenn der fromme Beobachter aber damit andeuten will, daß wir etwa Geld vom Bunde der Landwirthe bezogen haben, so erklären wir ihn für einen gemeinen Lügner und Verleumder. Wohl wurde uns beim Entstehen der bairischen Bauernbünde durch den Reichstagsabgeordneten Luz eine Subvention von jährlich 7000 Mark angeboten, aber wir lehnten es entschieden ab.“ Herr Luz fügte auch nicht, sich zur Sache zu äußern und erklärte, daß die Behauptung Memmingers völlig erfunden sei. In der Zentrumspreffe wird jetzt gar andeutend, Herr Memminger habe „seiner zu einem theuren Kaufmanne vom Bunde der Landwirthe oder vielmehr durch Hintermänner desselben große Geldsummen erhalten“. Der weiteren Entwicklung der Angelegenheit wird man mit Interesse entgegensehen dürfen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Januar. Zum heute stattfindenden Ball der Gesellschafter wurde vor Ausbruch der Prager Gasse auch der Landeskommandirende, Feldzeugmeister Grünne, vom Komitee persönlich geladen und er zeichnete für den Ball einen Geldbetrag. Vor wenigen Tagen wurde mit dem General der Infanterie Bettag zurückgeführt und die Einladung schriftlich zurückgenommen. In Folge dessen wurde heute sämtlichen Offizieren, Militärbeamten und Kadetten im Dienstwege der Besuch dieses Balles auf das strengste untersagt. Der ganze Vorfall ist auf das schnelle Auftreten des Militärs unter der strengen Oberleitung des kommandirenden Generals während der Gasse zurückzuführen.

Frankreich.

Paris, 12. Januar. Der frühere Justizminister Senator Trarling beabsichtigt, den Kriegsminister darüber zu interpelliren, ob das Kriegsgericht in dem Prozeß Dreyfus von Thatsachen oder Dokumenten Kenntnis erhalten habe, welche dem Angeklagten nicht mitgetheilt worden sind, und ob der Minister ein Mitglied jenes Kriegsgerichts ernennen wolle, in dieser Beziehung eine eideschwörende Erklärung abzugeben. — General Pellieux hat an den Major Esterhazy ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, Esterhazy könne auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen die Mittergerichtlich verfolgen, welche ihre Kampagne wegen des an Frau Boulanger gerichteten Briefes fortsetzen. — Die Erregung läßt trotz des gestrigen Urtheilspruchs keineswegs nach. Während Clemenceau die energische Fortsetzung des Dreyfus-Feldzugs ankündigt, drohen „Libre Parole“ und „Transpazent“ mit der Verhaftung des „Dreyfus-Schwindlers“, falls die Agitation fortgesetzt würde. Die Regierung intrigirt ersichtlich gegen die Wiederwahl Schenkers

als Vizepräsident des Senats; die Ausfichten Schenkers sind denn auch sehr geringe. Die Freunde des Obersten Picquart erklären, der Oberst sei ruhig den Maßnahmen des Kriegsministers entgegen; er werde sich jedoch nicht widerstandslos beiseite lassen.

England.

London, 12. Januar. Der „Manchester Guardian“ erfährt aus authentischer Londoner Quelle, die Frage der chinesischen Anleihe habe seit Freitag eine rasche Wendung genommen. Bis dahin war die britische Regierung durchaus nicht geneigt, den Vorschlag der Verbürgung einer Anleihe zu erwidern. Aber Drahtberichte der britischen Botschaft in Berlin und des britischen Gesandten in Peking veranlassen nicht nur die Abhaltung des Ministerrathes am Sonnabend, sondern auch den Entschluß, gemeinsam mit der deutschen Regierung die Ausgabe der Anleihe herbeizuführen. Kraft der zwischen London und Berlin erzielten Verständigung werden die britische und die deutsche Regierung gewisse Finanzleute in der Herausbringung der Anleihe unterstützen. Unterhandlungen zu diesem Zwecke schweben zwischen der Hongkong-Schanghaibank und der Deutschen Bank. Auch die Vertheilung Rothschilds unter bestimmten Bedingungen wahrscheinlich.

Rußland.

Petersburg, 12. Januar. Im Finanzministerium ist eine gewaltige Defraudation entdeckt worden; zehn Beamte sind kompromittirt, die Untersuchung wird geheim geführt.

Amerika.

Rio de Janeiro, 12. Januar. Das antislavische Blatt veröffentlicht einen langen Bericht über die Untersuchung wegen des Attentates auf den Präsidenten Moraes vom 5. November v. J. Der Bericht bringt Enthüllungen über die Mithschuld Silveiro Manoel Victorino Barboza, des Senators Cordeiro und anderer Parlamentarier von der Föderalpartei, welche den Hauptmann Deodaciano, ein thätiges Mitglied der Verschwörung, dazu ermutigt haben sollen, den Arm des Mörders Marcellino Bispo zu bewaffnen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Januar. Im preussischen Staatshaushaltsetat pro 1898-99 sind für Errichtung eines neuen Staatsarchivgebäudes in Stettin als 1. Rate 100 000 Mark gefordert, für Verstellung einer gesicherten Ein- und Ausfahrt für seetüchtige Fischereifahrzeuge an der Diebenow-Mündung 321 000 Mark. — Gefordert werden weiter die Kosten für den Neubau eines amtserichtlichen Gefängnisses in Schwedt a. O. Bei dem Oberlandesgericht Stettin soll eine neue Stelle für einen Oberlandesgerichtsrath, bei dem Amtsgericht Stettin für einen Amtsrichter eingerichtet werden. Beförderungen sind ausgeschrieben für ein Extraordinariat für Staatswissenschaften und in der juristischen Fakultät in Greifswald. Neue Stellen für Ober-Steuerskontrollen sind für Tempelburg und Lauenburg i. B. vorgezogen.

Der „Bund der Industriellen“, der sich um den Neubau einer Wassertrasse Berlin-Stettin besondere Verdienste erworben hat, hält am Dienstag, den 18. Januar, im hiesigen Börsensaal eine Versammlung ab, deren Tagesordnung lautet: „Die Organisation der Arbeitgeber und die Streikversicherung“. Referent: Generalsekretär Dr. W. Wendlandt-Berlin. Die Einladungen zu dieser Versammlung gelten als Legitimation für den Eintritt. Weitere Theilnehmerarten für Industrielle werden von Herrn Direktor Wasanuth-Stettin-Griinhof ausgesetzt. Wie wir hören, ergeht die Einladung von führenden Mitglidern der hiesigen Kaufmannschaft und fast sämtlichen hervorragenden Industriellen Stettins.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Morz Gollner hiersebst, Breitenstr. 41-42, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Anmeldefrist: 15. März.

Der „Norddeutsche Lloyd“ hat die Zwischenbedpreise nach Bremen von New York auf 184 und 126, von Baltimore auf 126 und 118, von Galveston auf 160 Mark erhöht.

Die Stadt Grabow zählt nach Ausweis der neuesten, zum Zweck der Steuerermittlung erfolgten Personenstandsaufnahme rund 18 000 Einwohner.

Herr Tischlermeister Theodor Simon hat nach mehr als 20jähriger Thätigkeit als Obermeister der hiesigen Tischlerinnung dieses Amt niedergelegt. Die Innung sieht den bewährten Mitarbeiter nicht ohne lebhaftes Bedauern aus der bevorzugten Stellung scheiden.

Da häufig Zweifel entstehen über die Höhe der nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz für die einzelnen Kategorien der Versicherten zu entrichtenden Beiträge, so erscheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß im Stettiner Adreßbuch, Anhang A, Nr. 10, Seite 650 ff. die einschlägigen Bestimmungen zum Ausdruck gebracht sind.

Nachdem der erste Termin zum Verkauf des ehemaligen Proviantamtsgebäudes Nr. 2 reultatlos verlaufen ist, erfolgt jetzt erneut die Ausschreibung und sind Angebote bis zum Freitag, den 21. Januar, Vormittags 11 Uhr, im Bureau der Hochbaudeputation einzureichen. Es wird dabei bemerkt, daß die besonderen Bedingungen vom 23. Dezember 1897 eine Abänderung erfahren haben. Der Nachtrag kann von den früheren Submittenten kostenlos in Empfang genommen werden.

Wir theilten vor einigen Tagen mit, daß aus dem Magdalenenstift drei Mädchen unter Mitnahme von Kleidern und Wäsche entflohen seien. In Bezug hierauf geht uns die Nachricht zu, daß keine dem Stift anvertraute Wäsche entwendet ist.

Poltechnische Gesellschaft. Sitzung am 7. Januar. Vortrager Herr Stadtrath a. D. Bod. Herr Fabrikbesitzer Zwergel, welcher im Vorjahre in einem Vortrage über Bakul und das russische Erdöl die Fundamente, Förderung und Gewinnung des Noßöls behandelt hatte, sprach eingehend über die Eigenschaften und die Reinigung des russischen Erdöls und seiner Produkte. Die bedeutendsten Petroleum-



